

Ercheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.  
Redaction und Expedition  
Johannstraße 33.  
Herausgeber der Redaction:  
Donnerstag 10-12 Uhr.  
Freitag 11-12 Uhr.  
Wochentag 4-6 Uhr.  
Für die Abnahme einzelner Blätter  
muss bei der Redaction nicht  
bestimmt werden.  
Annahme der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Artikel an Wochentagen bis  
8 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Festtagen früh bis 9 Uhr.  
In den Abtheilungen für Zusätze:  
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,  
Sonnenscheide, Rathhausstr. 18, p.  
von bis 7 1/2 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

## und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,000.  
Abonnementspreis vierteljährlich 4 1/2, halbjährlich 8, jährlich 16.  
Durch die Post bezogen 4 1/2.  
Jede einzelne Nummer 25 Pf.  
Belegexemplar 10 Pf.  
Schreibmaschinen-Verkauf:  
ohne Postbefreiung 25 Pf.  
mit Postbefreiung 45 Pf.  
Jahresheft 50 Pf. Belegexemplar 20 Pf.  
Großes Exemplar 40 Pf.  
Preisveränderung — Abbestellung  
nach bestem Erfolge.  
Kleinanzeigen unter dem Redactionstisch  
die Spalte 40 Pf.  
Jahresheft nach dem Abdruck  
zu senden — Rabatt wird nicht  
gegeben. Zahlung promptem  
oder durch Postnachnahme.

Nr. 303.

Donnerstag den 30. October 1879.

73. Jahrgang.

### Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen  
Freitag den 31. October nur Vormittags bis 9 Uhr  
geöffnet.  
Expedition des Leipziger Tageblattes.

#### Die preussische Thronrede.

Die preussische Thronrede, deren Inhalt gestern in einer telegraphischen Analyse wiedergegeben wurde und die wir nachstehend dem Wortlaut nach folgen lassen, frapirt durch ihren troden geschäftsmäßigen Charakter. Besonders bemerkenswerth ist, daß über Gegenstände aus dem Ressort des Cultusministeriums nicht ein Wort in dieser Kundgebung enthalten ist. Weber auf dem Gebiet der Schule noch der Kirchenpolitik wird irgend eine Vorlage in Aussicht gestellt; der Lage des „Culturkampfes“, der Verhandlungen mit Rom wird nicht einmal mit einer Andeutung gedacht; es wird nur der vieldeutige Wunsch geäußert, daß die Session den Frieden auch im Innern nach allen Richtungen fördern möge. Im Uebrigen aber geht die Thronrede über all die Fragen, die recht eigentlich den Mittel- und Schlüsselpunkt der ganzen politischen Situation bilden, mit absolutem Stillschweigen hinweg. Man wird daraus schließen dürfen, daß auf diesem Gebiet Alles noch viel zu wenig geklärt und vorgeschritten ist, als daß es die preussische Regierung ratsam fände, sich jetzt schon nach irgend einer Seite die Hände zu binden. Man wird mit Sicherheit nur annehmen können, daß für den Augenblick wenigstens gesetzgeberische Maßnahmen auf diesem Gebiete nicht in Aussicht genommen sind. Auch die im Vordergrund des allgemeinen Interesses stehenden Fragen der auswärtigen Politik werden in der Thronrede nicht berührt. Dieselben gehören freilich zur Competenz des Reichs, aber im Hinblick auf die lange Zeit, die noch bis zur Reichstagsession ausbleibt, war doch vielfach der Wunsch geäußert worden, die Thronrede möchte einige Aufschlüsse bringen. Der Wortlaut ist folgender:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Indem ich die Gesamtsitzung der Monarchie nach Erneuerung des Hauses der Abgeordneten wiederum begrüße, ist es mir Bedürfnis, nochmals den Gefühlen innigen Dankes Ausdruck zu geben für die Beweise der Theilnahme, welche mir und meiner Gemahlin bei Gelegenheit des durch Gottes Gnade im Frühjahr dahingegangenen Festes aus allen Kreisen des Volkes, zugleich unter reichlicher Betheiligung des Patriotismus, gesendet worden sind. In jenen Kundgebungen habe ich ebenso wie in den mannigfachen Gmüthen der Liebe und Treue, die mir neuerdings in verschiedenen Provinzen der Monarchie zu Theil geworden sind, eine erhebende Befähigung der Lieberwogen gefunden, daß unter allem Wandel der Zeiten das innige Band zwischen Herr und Volk, auf welchem das Gelingen der preussischen Monarchie von jeder beruht hat, in aller Festigkeit besteht und eine weitere gesunde Entwicklung verbürgt.

Die Finanzlage und der Staatshaushalt werden in Folge der Mehreinnahmen, welche auf Grund der Steuerreform im Reich aus den Erträgen der Böse und der Labalfsteuer den einzelnen Staaten zufließen sollen, im Laufe der nächsten Jahre allmählich erhebliche Veränderungen und Erleichterungen erfahren. Dieselben können jedoch bei der Aufstellung des Etats für das nächste Jahr noch nicht von entscheidender Bedeutung sein. Wenn aus den Erträgen der Reichsteuern eine nicht unbedeutende Mehreinnahme schon für das nächste Jahr in Aussicht genommen werden kann, so wird doch die augenblickliche Finanzlage noch wesentlich durch die Nachwirkung der leiberrigen Verhältnisse bestimmt.

Im letzten Verwaltungsjahre haben die Einnahmen zur Deckung der Ausgaben nicht hingereicht. Auch ist eine Erhöhung des Matrikularbeitrages für das laufende Jahr notwendig geworden. Bei dem auf den meisten Gebieten der Erwerbstätigkeit fortwährend bestehenden Druck haben die Ausgabenbedürfnisse des Staates in den regelmäßigen Einnahmen des nächsten Jahres ihre Deckung nicht vollständig finden können. Die zur Ergänzung erforderlichen Mittel werden wiederum im Wege der Anleihe zu beschaffen sein. Die darauf beschlossenen Gesetze werden Ihnen mit dem Staatshaushalt-Etat unverzüglich vorgelegt werden. Meine Regierung begt die Zuversicht, daß Sie ihr bereitwillig beistehen werden, die Schwierigkeiten der letzten Übergangsjahre zu überwinden, das Uebermaß, so sehr will, zu einer Zeit neuen wirtschaftlichen und finanziellen Aufschwungs.

In Erfüllung der dem Landtage während der vorigen Session erteilten Aufträge wird Ihnen alsbald der Entwurf eines Gesetzes vorgelegt werden, welches die Verwendung der dem Staatshaushalt aus dem Erträge der Reichsteuern zufließenden Mehreinnahmen zu Klassen- und Einkommensteuer-Erlassen, vorbehaltlich anderweitiger mit Zustimmung des Landtages darüber zu treffenden Verfügungen, zu regeln bestimmt ist.

Eine durchgreifende Reform der directen Besteuerung wird bis zu einer günstigeren Gestaltung der Finanzlage vorzubehalten sein. Um aber eine für viele Gemeinden dringend wünschenswerthe Erleichterung ihres Haushaltes durch Erweiterung ihrer Einnahmequellen eintreten zu lassen, wird Ihnen die Einführung einer Steuer vom Kaufsamt geistiger Getränke und vom Kleinhandel mit Branntwein vorgeschlagen werden.

Der Entwurf dieses Gesetzes, von welchem zugleich eine bestimmte Gegenwirkung gegen den in wirtschaftlicher und städtischer Hinsicht bedenklichen Andrang zu derartigen Geschäften erwartet werden darf, sowie ein fernerer Gesetzentwurf wegen Besteuerung des Wanderlagerbetriebs zu Gunsten der Kommunen wird Ihnen demnächst zugehen.

In hervorragender Weise wird Ihre Mitwirkung auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens in Anspruch genommen werden. Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß nur im Wege entschlossener Durchführung des Staatseisenbahnsystems die Eisenbahnen der öffentlichen Wohlfahrt mit solchem Nachdruck und Erfolg dienlich gemacht werden können, wie dies die Interessen des Landes mit wachsender Stärke erfordern, hat meine Regierung mehrere Verträge vereinbart, welche die Ueberführung wichtiger Actien-Eisenbahn-Unternehmungen in die Hände des Staates zum Gegenstand haben. Dieselben werden alsbald Ihrer Beschlußfassung unterbreitet werden. — Wesentlich vorwiegend der von ihr eingeschlagenen Schritte ist die Regierung in den Stand gesetzt, Ihnen zugleich die Ausführung neuer Eisenbahnlinien durch die Hand oder doch mit Unterstützung des Staates vorzuschlagen, dazu bestimmt, wichtige Bundesstraßen aufzuschließen und mit dem vaterländischen Eisenbahnnetz in Verbindung zu bringen.

Auch die Verbesserung der Wasserstraßen bildet den Gegenstand angelegentlichster Fürsorge meiner Regierung. In einer ausführlichen Denkschrift werden Ihnen die Ziele dargelegt werden, welche die Regierung in planmäßiger Vorgehen bei der Regulierung der fünf Hauptflüsse, des Rheins, der Wesel, der Elbe, der Oder und der Weichsel, ins Auge gefaßt hat, und welche Gesamtmittel dafür erforderlich sind.

Die weitere Durchführung der Verwaltungsreform erfordert Abänderungen in der Einrichtung der höheren Verwaltungsbehörden, deren gleichzeitige Einführung in dem gesammten Umfange der Monarchie zur Herstellung einer gleichmäßigen Organisation der allgemeinen Landesverwaltung geboten erscheint. Nicht minder bedarf es der Ueberprüfung der Verwaltungsgerichtsbarkeit und der Vorschriften über die Zuständigkeit und das Verfahren der Verwaltungsgerichte und der Verwaltungsbehörden auf das ganze Staatsgebiet. Dieselbe wird bedingt durch eine Revision der bestehenden Gesetze, welche unter Ausrechterhaltung der Grundlagen derselben, die bei ihrer Erörterung hervorgetretenen Mängel beseitigt. In den Gesetzentwürfen, welche diesem Zweck dienen, sind zugleich Uebergangsbestimmungen vorgesehen, um die Wirksamkeit der neuen Einrichtungen in denjenigen Landesbezirken sicher zu stellen, welche der Verwaltungsreform entsprechende Kreis- und Provinzialordnungen noch nicht besitzen. Den Erlaß der Verträge unangetastet zu stehen, wird meine Regierung sich angelegen sein lassen.

Der Entwurf eines Gesetzes, dessen Ausführung die Ueberprüfung der Gemeindeverhältnisse, dessen Vereinbarung durch die Landtage und die Ueberprüfung der Verwaltungsreform erleichtert, aber auch um so dringlicher wird, soll Ihnen von Neuem vorgelegt werden. Meine Regierung ist beehrt gewesen, die durch die neue Organisation der Gerichte und die Einführung des neuen Proceßverfahrens bedingten umfangreichen und vielseitigen Arbeiten so zu fördern, daß sie am 1. October dieses Jahres in Kraft getretenen Reichsgesetze und die dieselben ergänzenden Landesgesetze einen geordneten Boden fanden. Die neuen Gerichte haben ihre Thätigkeit sofort zu beginnen vermocht. Das erstrebte Ziel einheitlicher Handhabung der Rechtspflege ist damit erreicht und so die große nationale Aufgabe, ein einheitliches deutsches Recht herbeizuführen, ihrem Abschluß wesentlich näher gebracht.

Der Entwurf einer für die ganze Monarchie bestimmten Jagdordnung, welcher den Wünschen der beschwerden Jagdpolizei-Bezirke Abhilfe verschaffen soll, wird Ihnen im Laufe Ihrer Beratungen zugehen.

Die auch in der vorigen Session nicht erledigte Vorlage über den Schutz der Felder und Forsten wird erneut im Gegenstand Ihrer Beratungen sein. Meine Herren! Indem Ihnen hiermit wiederum ein ausgedehntes Feld wichtiger und mühevoller Arbeit eröffnet ist, darf ich das Vertrauen hegen, daß Sie meiner Regierung bereitwillige Unterstützung bewähren werden, um nach den allgemeinen Aufgaben der Gesetzgebung besonders das Werk wirtschaftlicher Neugestaltung, welches durch die Reichsgesetzgebung schon im wesentlichen angebahnt ist, auch auf dem Boden der preussischen Staatseinrichtungen im Interesse aller Volkstheile erfolgreich durchzuführen.

In der persönlichen Wirkung solchen gemeinsamen Erbend wird sich um so leichter auch der Ausgleich mancher Gegensätze finden lassen.  
Es ist mein schärfster Wunsch, daß die beginnende Session den Frieden, der mir dringend am Herzen liegt, auch im Innern nach allen Richtungen fördern und dadurch eine segensvolle Bedeutung gewinne.  
Das wolle Gott!

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ begleitet die Thronrede mit dem folgenden officiellen Commentar:

„Die Thronrede betreffend wird mitgetheilt, daß in dem am Freitag Abend abgehaltenen Ministerrath der Entwurf derselben beschloffen worden sei. Daß in derselben die neuesten Vorgänge auf dem Gebiete der allgemeinen Politik nicht berührt sind, ist daraus zu erklären, daß schon seit Gründung des Norddeutschen Bundes grundmäßig daran festgehalten wird, die auswärtige Politik, als Sache des Reiches, nicht zum Gegenstand der Mittheilungen in den preussischen Thronreden zu machen. Und daß die gegenwärtig allerdings in der Öffentlichkeit viel erörterten Fragen über Kirche und Schule unberührt gelassen worden, hat seinen triftigen Grund in der Thatfache, daß im Augenblick weder auf kirchenpolitischen Gebiete, noch in Bezug auf die Schulfragen ein legislatives Vorgehen in Aussicht steht. Somit bleiben der Thronrede als wesentlicher Gegenstand der Erörterung die drei großen Aufgaben der Session: die Weiterführung der Finanzreform auf Grundlage der im Reich angebahnten Reform, die Eisenbahnfrage und die Weiterführung der Verwaltungsreform. Neben diese drei großen Aufgaben trat dann noch eine Anzahl kleinerer: die Ueberprüfung des Communalsteuergesetzes, die Jagdordnung, das Gesetz über den Schutz der Felder und Forsten u. s. w.

Das Abgeordnetenhaus wird demnach, wie schon aus der Thronrede ersichtlich, sofort eine Reihe von Arbeiten vor, desgleichen wird auch dem Herrenhause unverweilt eine Anzahl von Vorlagen zugehen, doch dürfte letzteres nach Ueberweisung der Vorlagen an die Commissionen, seine öffentlichen Sitzungen vertagen, um seine Räumlichkeiten noch für einige Zeit der Generalisimodus zu überlassen, deren Arbeiten sich jedenfalls noch über diese und vielleicht einen Theil der nächsten Woche erstrecken werden.“

Der parlamentarischen Lage schreibt unser Correspondent vom Dienstag aus Berlin: „Die Prognose des Abgeordnetenhanse ist fixirt, daß die heutige kurze Eröffnungssitzung noch keine eigentlichen Anhaltspunkte dar. Die gegenseitige Begrüßung der „alten Garde“, die ihr anerkennendes Bedauern über das Fehlen so mancher liberalen Kämpfer, der in der Wahlkämpfe gefallen ist, ansprach, und die Einführung und Vorstellung der neuen Mitglieder — das bildete so ziemlich die Hauptinhalte der ersten Zusammenkunft im Saale am Dönhofsplatz. Im Jockey und in den Restaurationslocalitäten erging man sich in einem eingehenderen Ideenaustausch über das weite und breite Gebiet dessen, was die Gegenwart und die nächste Zukunft mit sich bringen werden. Unter den liberalen Abgeordneten giebt man sich keinen Illusionen über die Entwicklung der Dinge und den verlorenen Einfluß hin. Vielleicht wird sich in den Fraktionsversammlungen dasjenige an gutem Willen und Parteibewußtsein wiederfinden, was dem Einzelnen noch abgeht, der soeben aus den Fraktionen der allgemeinen reactionären Strömung und der Reichthümerinteressen herausgenommen ist. Aber man läßt sich nicht über die erdrückende Majorität, welche der conservativen Regierung im Abgeordnetenhanse zu Gebote steht, und hält es vielfach für eine falsche Taktik, sich mit den Ultramontanen in ein Wettrennen um die Gunstbezeugungen (?) des Fürsten Thronard einzulassen.“

#### Politische Uebersicht.

Leipzig, 29. October.  
Indem wir an die vorstehende Betrachtung unserer Correspondenten anknüpfen, constatiren wir eine nicht eben erfreuliche Klärung der Lage. Durch die nunmehr vollzogene Fällung der liberalen und Neconservativen wird die parlamentarische Situation durchaus umgestaltet. Man wird die Tragweite des Vorgangs erst ermessen können, wenn das Programm, auf Grund dessen die Vereinigung der Conservativen stattfand, genauer bekannt sein wird. Uebrigens können auch manche recht von den Freiconservativen stehende conservativen Abgeordnete mit der Beschleunigung nicht einverstanden zu sein und eine Vertheilung der ersten Fraktion kann in Folge dessen wohl erwartet werden. Wenn sich die vereinigte conservativ Fraktion nicht noch erweitert, so wird sie vorwiegend aus den Freiconservativen bestehen. Die liberalen als vom Centrum an Zahl überzogen; auch sollen schon jetzt deutliche Symptome harter Meinungsverschiedenheiten innerhalb der neuen Fraktion zu Tage treten. Die politische Vergangenheit der letzten Jahre kann unabhängig so weit vergessen werden, daß die Gegensätze zwischen der altconservativen Opposition und den regierungswilligen

freundschaftlichen Neconservativen vollständig und innerlich ausgeglichen sein könnten. Zur Präsidentenwahl, welche morgen, Donnerstag, stattfindet, schreibt die „Nat.-Lib. Correspond.“: „Das vorwiegendste Resultat der Präsidentenwahl im Abgeordnetenhanse ist bis zum gegenwärtigen Augenblick noch durchaus unsicher. Heute (Dienstag) Abend finden in den Fraktionen neue Verhandlungen statt, welche die Frage wohl weiter fördern werden. Ueber die herrschenden Anschauungen in den Fraktionen läßt sich augenblicklich nur so viel sagen: In der conservativen Fraktion ist seit ihrer Vereinigung die Reizung gewachsen, die Stelle des ersten Präsidenten aus ihrer Mitte zu besetzen und auch dem Centrum einen Platz im Präsidium einzuräumen. Dagegen sind die Freiconservativen entschlossen, sowohl Herrn von Bennigsen zu wählen, als das Centrum auszuschließen. Für Herrn v. Bennigsen sind selbstverständlich auch die Nationalliberalen. Die letzteren und die Freiconservativen zusammen bilden nun aber nicht die Majorität; es müßte also noch eine ansehnliche Beirathung von rechts und links, aus der Mitte der bisherigen Neconservativen Fraktion und der Fortschrittspartei hinzukommen, und in wie weit daraus zu rechnen ist, das ist eben im Augenblick noch nicht zu übersehen. Für wahrscheinlich wird eine Majorität für Bennigsen noch immer gehalten, namentlich wenn die Ansprüche des Centrum durch Einräumung eines Präsidentenpostes befriedigt werden. Die Situation war aber bis heute Abend noch so verworren und ungeklärt, daß Uebererwägungen verschiedener Art wohl möglich sind.“

Es scheint sich zu bestätigen, daß der ehemalige preussische landwirtschaftliche Minister Dr. Friedenthal auf seinen eigenen Wunsch den Fraktionen im Abgeordnetenhanse entzogen werden soll. Derselbe ist durch Allerhöchste Veranlassung im Herrenhause berufen worden, was selbstverständlich die Niederlegung seines Mandats im Abgeordnetenhanse zur Folge hat. Es wird ferner aus Berlin gemeldet, daß Dr. Fall unter den Nationalliberalen Platz genommen habe. In diesen Tagen erscheinen die Reden des Dr. Fall über seine Unterrichtsverwaltung. Der erste Abschnitt der Rede handelt von der Beaufsichtigung des Erziehungs- und Unterrichtswesens, der zweite von der Verwaltung der Unterrichts-Angelegenheiten, der dritte von der Reform der Unterrichts-Gesetzgebung, der vierte von den Unterstützungen und anderen Hochschulen und der fünfte von den allgemeinen und besonderen Verhältnissen der Lehrer.

Ueber den geplanten modus vivendi mit Rom wollen die „Eingeweihten“ wieder einmal „Positives“ wissen. So bringt die Römische „Italia“ eine Zusammenstellung der Punkte, über welche eine Einigung zwischen dem Reichskanzler und dem Kardinal Jacobini erzielt worden sei und über welche nicht. Nach der „Italia“ würden die Differenzen in den Ansprüchen des Vatican bezüglich der Schulen und bezüglich der freien Zulassung der religiösen Körperschaften liegen. Der „Observatore Romano“ bezeichnet die Mittheilungen der „Italia“ als Phantasie und die „Germania“ blickt bei. Man kann, ohne in diesen Streit einzutreten, daran festhalten, daß die „Italia“ die Punkte berührt hat, welche einer Verständigung am meisten im Wege stehen. Der erste Punkt interessiert vor Allem den Papst, der zweite die Jesuiten. Die Abschließung eines modus vivendi liegt, wie vielfach angenommen wird, in den Absichten der Regierung, der Vatican beharrt bis jetzt auf dem Abschluß eines Friedens, während er dabei an unmöglichen Ansprüchen festhält. Das scheint die Sachlage bei Eröffnung des Landtages zu sein. Doch dauern die Verhandlungen fort und zwar, wie nicht zu bezweifeln steht, in Wien mit Cardinal Jacobini.

Das Ministerium Zaiffe hat im Reichstagen den Herrnhause eine schwere Niederlage erlitten. Dieses bedeutende Ereigniß hat sich vorwiegend, nachdem das Resultat einer verhältnißmäßig Besprechung im Club der Verfassungsträger im Herrenhause bekannt geworden. Die Stelle des Vizepräsidenten, welche dem Grafen Zaiffe und den Liberalen misshagig, lautet: „Das Herrenhaus erblid hierin (so in dem Eintritt der Gesetze in den Reichstagen) nicht bloß eine Stärkung der Reichsvertretung durch den Hinzutritt vieler aus andern Gebieten bewährten Kräfte, es muß auch denselben als Uebersicht der Anerkennung des Reichthums der Verfassung betrachten.“ Gegen die Forderung der Regierung wurde von mehreren Bänken geltend gemacht, daß der Standpunkt der Verfassungspartei von jenem der Autonomisten oder Liberalen so weit entfernt, der Gegensatz zwischen den beiden Aresch-Entwürfen ein so großer sei, daß nicht einmal der Versuch gemacht werden könne, die beiden Adressen in Einklang zu bringen. Da nun aber